

Langen-Bergheim: Von der Gründung bis in die Dreißiger Jahre

Gründungsdatum nicht genau bekannt

Das Gründungsdatum der SPD in Langen-Bergheim ist nicht genau zu belegen. Mündliche Überlieferungen und spärliche schriftliche Dokumente deuten darauf hin, dass in Langen-Bergheim ein SPD-Ortsverein um 1909/1910 gegründet worden ist. Die Brüder Philipp und Heinrich Wolf sollen 1909 den Ortsverein gegründet haben. Das erste Nachkriegsparteibuch von Heinrich Wolf weist als Eintrittsdatum das Jahr 1910 aus.

Zu den Gründungsmitgliedern der 1906 in Marköbel gegründeten SPD gehörte auch der Maurer Friedrich Schäfer aus Langen-Bergheim. Im Mai 1908 meldete sich Friedrich Schäfer in Marköbel ab. Ob er zu einem anderen Ortsverein überwechselte oder ob bereits in dieses Jahr die Gründung in Langen-Bergheim fällt, wissen wir nicht. Doch dürften der bereits seit Jahren in Rommelhausen bestehende und der nun in Marköbel neu gegründete SPD-Ortsverein starke Auswirkungen auch auf Langen-Bergheim gehabt haben. Die ersten Mitglieder waren Arbeiter und Handwerker. Der erste Bauer in der SPD Langen-Bergheim war Adam Reibert, dessen Sohn Fritz Reibert noch lange Jahre SPD-Gemeindevorteiler in Hammersbach war.

Über die politischen Ereignisse in Langen-Bergheim während der Kaiserzeit ist fast nichts bekannt.

Wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse im Kaiserreich sind für uns heute kaum noch vorstellbar. Das deutsche Kaiserreich stand äußerlich in voller Blüte. Nach innen verschärften sich aber die sozialen und die politischen Gegensätze. Die Arbeiterschaft kämpfte für volle Gleichberechtigung im Staat, sie wollte bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit lag bei 60 Stunden, und dies bei einem Wochenlohn von nur rund 20 Mark. In den Städten herrschte Wohnungsnot. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 45 Jahren. Auf dem Land waren die Arbeitsmöglichkeiten schlecht und die Frauen mussten oft als Tagelöhnerinnen auf dem Feld mitarbeiten. Das Schulwesen beschränkte sich für die überwiegende Masse der Bevölkerung auf eine siebenjährige Volksschule. Berufsschulen waren unbekannt. Für Kinder aus Langen-Bergheim scheiterte der Besuch weiterführender Schulen in Büdingen oder Hanau an den fehlenden Verkehrsverbindungen oder hauptsächlich am Geldmangel, denn für höhere Schulen mussten die Eltern Schulgeld für ihre Kinder bezahlen.

Polizeiliche Überwachung

Die Sozialdemokratische Partei wurde

laufend polizeilich überwacht, ihre Versammlungen möglichst verhindert. Die Mitglieder wurden als Staatsfeinde verleumdet. Beschäftigung in staatlichen Einrichtungen, wie z.B. als Bahnarbeiter, war nicht möglich. Wieviel Idealismus und Opferbereitschaft damals dazu gehörte, sich als Sozialdemokrat zu bekennen, können wir heute nur erahnen.

Bezeichnend ist ein Ereignis, das von den älteren Parteimitgliedern immer wieder erzählt wird: Als Philipp Wolf 1918 an den Folgen einer im Krieg zugezogenen Malaria-Erkrankung starb, wurde sein Sarg, entgegen dem allgemein üblichen Brauch bei Kriegstoten, ohne die deutsche Fahne ins Grab gelassen. Die SPD-Mitglieder waren empört...

Reichstagswahlen

Langen-Bergheim gehörte im Kaiserreich zum Reichstagswahlkreis Büdingen-Vilbel-Friedberg. Erster SPD-Kandidat im Wahlkreis war ab 1878 einer der führenden Mitglieder der SPD im Kaiserreich: der in Gießen geborene Wilhelm Liebknecht. Ihm folgte 1887 der Büdinger Schuhmacher Wilhelm Wolf und drei Jahre später der in Roßdorf/Kreis Hanau geborene Tischler Heinrich Prinz. Er holte erstmals 1898 in Langen-Bergheim 8 Stimmen. Fünf Jahre später trat der Schreinermeister Heinrich Busold aus Friedberg als Wahlkreis-kandidat der SPD an. Er erhielt in Langen-Bergheim auf Anhieb 41 Stimmen gegen 64 Stimmen der Nationalli-

beralen. 1907 entfielen auf die SPD 29 Stimmen, auf die Nationalliberalen 95 und auf die „Antisemiten“ unter ihrem Kandidaten Wilhelm Bähr, zeitweise Gutspächter des Herrnhaag, 14 Stimmen.

1910 wurde Busold mit 55,1 Prozent der Stimmen erster sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Büdingen-Vilbel-Friedberg. Er setzte sich gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirte (BdL) durch. In Langen-Bergheim erhielt der Sozialdemokrat 80, der BdL 41 und die Nationalliberalen 12 Stimmen. Aber bereits nach zwei Jahren löste ihn der Giessener Landgerichtsrat Adolf Strack von den Nationalliberalen im Reichstag ab. In Langen-Bergheim fielen auf die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen je 78 Stimmen.

Heinrich Busold für die SPD im Reichstag

1870 in Nidda als Sohn eines Tagelöhners und Knechtes geboren. Nach dem Tod des Vaters kam er mit 8 Jahren ins Waisenhaus Friedberg. Nach der Konfirmation erlernte er das Schreinerhandwerk in Ossenheim. Als Geselle ging er – wie damals üblich – auf Wanderschaft. 1891 findet sich sein Name erstmals in einem Polizeibericht im Zusammenhang mit einer sozialistischen Veranstaltung bei Ilbenstadt.

Busold kam nach Friedberg zurück und war als selbständiger Schreinermeister tätig. 1898 zog er in die erste Fried-



Heinrich Busold von 1910 – 1912 SPD-Reichstagsabgeordneter im Wahlkreis Büdingen – Vilbel – Friedberg.

berger Stadtverordnetenversammlung ein, der er fast ununterbrochen bis zu seinem frühen Tod 1915 angehörte. Seit 1908 war er Parteisekretär in Friedberg und damit für alle organisatorischen und sozialen Fragen der einfachen Leute - und dazu gehörten zunehmend auch die Kleinbauern der Wetterau - zuständig.

Seit 1893 kandidierte er bei den Reichstagswahlen. Er hatte keine Chancen gegen den in der landwirtschaftlich geprägten Wetterau nominierten Nationalliberalen Graf Oriola aus Budesheim. Oriola starb 1910. Bei der Nachwahl zum Reichstag standen sich erstmals auf der konservativen Seite Nationalliberale

und Bauern gegenüber. In der Stichwahl gewann Busold das Mandat. Aber bei der regulären Reichstagswahl 1912 zogen die Konservativen wieder an einem Strang. Busold unterlag mit wenigen hundert Stimmen.

1911 wurde Busold in den Landtag des Großherzogtums Hessen gewählt. Er starb 1915 an einer Nierenerkrankung im Alter von 45 Jahren. In den Nachrufen stand: „Er war ein Sohn des Volkes.“

Radfahrer-Verein „Einigkeit“

Um der dauernden politischen Überwachung zu entgehen, und um ein eigenes gesellschaftliches Bewusstsein bei den Arbeitern aufzubauen, wurden oft Sportvereine von Sozialdemokraten ins Leben gerufen. So gründeten auch Sozialdemokraten in Langen-Bergheim 1911 den Rad-Fahrer-Verein »Einigkeit«. Auf dem nachfolgenden Foto sind die Gründungsmitglieder Wilhelm Wolf, Wilhelm Frank, Fritz Böhler, Heinrich Rödiger, Karl Imhof, Georg Teufel, Friedrich Hartmann, Karl Marjor und Friedrich Ziegler zu erkennen (drei Personen konnten nicht identifiziert werden). Das Bild zeigt auch den Standort der früheren Gaststätte Georg Teufel, später Seitz und Machliner.

Aus der Weimarer Republik: Archivunterlagen nicht erhalten

Über die politische Entwicklung in jener Zeit sind im Langen-Bergheimer Archiv keine Unterlagen erhalten. Selbst die Protokollbücher der Gemeindevertretung sind nicht mehr vorhanden, um im



Von Sozialdemokraten 1911 ins Leben gerufen: Der Radfahrer-Verein „Einigkeit“.

Nachhinein ein Bild der Gemeindeentwicklung geben zu können. Die mündliche Überlieferung der älteren Bürger setzt erst in den Zwanziger Jahren ein. Bis dahin hatte sich aber die politische Situation in Deutschland grundlegend verändert. Am Ende des vierjährigen Ersten Weltkrieges brach das Kaiserreich zusammen. Der letzte kaiserliche Reichskanzler übergab dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert das Amt und die Verantwortung für ein militärisch und wirtschaftlich geschlagenes Deutschland. Die Sozialdemokraten retteten Deutschland vor einem Bürgerkrieg nach russischem Muster. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Versorgung und der öffentlichen Ordnung wurden im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die sich erst 1920/21 auflösten. 1919 fanden die Wahlen zur Verfassungs-

gebenden Nationalversammlung statt. Da sie in Weimar tagte, erhielt die erste deutsche Republik den Namen „Weimarer Republik“. In dem neuen Wahlkreis Büdingen erhielt die SPD 53 Prozent der Stimmen. In Langen-Bergheim standen 235 SPD-Stimmen 107 Stimmen anderer Parteien gegenüber.

Reichstagswahlergebnisse der Zwanziger Jahre

Die Sozialdemokraten waren seit dem Streit über die Bewilligung der Kriegskredite im Ersten Weltkrieg gespalten. Aus der SPD-Reichstagsfraktion hatte sich ein Teil unter dem Namen „Unabhängige Sozialdemokraten“ (USPD) abgespalten. Aus der USPD entwickelte sich der Spartakusbund und daraus die KPD. Ein großer Teil der USPD kehrte Anfang der Zwanziger Jahre wieder zur SPD zurück.

In Langen-Bergheim ist diese Spaltung durch die Jahre der Weimarer Republik deutlich nachzuvollziehen. Die USPD kandidierte 1924 zum letzten Mal, die KPD hielt bis 1933 durch. Bei der ersten Reichstagswahl 1920 gewann die Hessische Volkspartei mit 2 Stimmen Mehrheit vor der zersplitterten Linken: SPD 58, USPD 68 und KPD 13 Stimmen.

Der Hessische Bauernbund gewann in Langen-Bergheim die Reichstagswahl 1924 mit 154 Stimmen. Die SPD kam auf 122, die KPD auf 14 und die USPD auf 0 Stimmen. Die erstmals kandidierende NSDAP erhielt 9 Stimmen!

1928 gewann das Deutsche Landvolk mit 118 Stimmen nur knapp gegen die SPD mit 110 Stimmen. Die KPD erhielt 15 Stimmen. Die NSDAP war auf 1 Stimme zurückgefahren.

Die Reichstagswahlen 1930 sahen die SPD als klare Gewinner: Sie konnte 149 Stimmen verbuchen. Mit 55 Stimmen stand das Hessische Landvolk an zweiter Stelle gefolgt von der Evangelischen Bewegung mit 36, der NSDAP mit 33 und der KPD mit 23 Stimmen.

Die Direktwahl des Reichspräsidenten 1932 zeigte deutlich den politischen Umschwung. Hindenburg, 1925 als Nachfolger von Ebert von den Rechten gewählt, galt sieben Jahre später als Einziger, der Hitler noch entgegen gestellt werden konnte. Ihn unterstützen die politische Mitte und die SPD, die ihn

noch 1925 heftig bekämpft hatte. Die KPD, die Deutschnationalen und die NSDAP stellten ihre Vorsitzenden Thälmann, Duesterberg und Hitler auf. Da im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit erreicht wurde, erfolgte eine Stichwahl. Nachfolgend die Langen-Bergheimer Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse der Erstwahl): Hitler 203 (162), Hindenburg 158 (106) und Thälmann 42 (107). Im Wahlkreis Büdingen liegt Hitler mit 58,9 Prozent vor Hindenburg mit 36,2 Prozent.

Die letzte Reichstagswahl der Weimarer Republik 1932 in Langen-Bergheim brachte 200 Stimmen für die NSDAP, 111 für die SPD, 64 für die KPD und 29 für Sonstige. Im Wahlkreis folgten 63,3 Prozent der NSDAP, 18,1 Prozent der SPD und 10,7 Prozent der KPD.

Noch war keine Partei verboten. Alle Parteien konnten 1933 bei der Reichstagswahl kandidieren. In Langen-Bergheim war das Wahlergebnis für die NSDAP nicht so rosig: Sie erhielt 216 Stimmen, ihre Gegenparteien 203 Stimmen (SPD 141, KPD 44, Sonstige 18). Im Wahlkreis Büdingen fielen 71 Prozent auf die NSDAP, 16,3 Prozent auf die SPD und 6,3 Prozent auf die KPD. Die KPD wurde unmittelbar nach der Wahl verboten, die SPD wenig später.

Wie es früher war: "Heimat SPD"

Schon im Kaiserreich, und erst recht mit dem Ende der Weimarer Republik, sahen sich die SPD-Mitglieder Verfolgung-

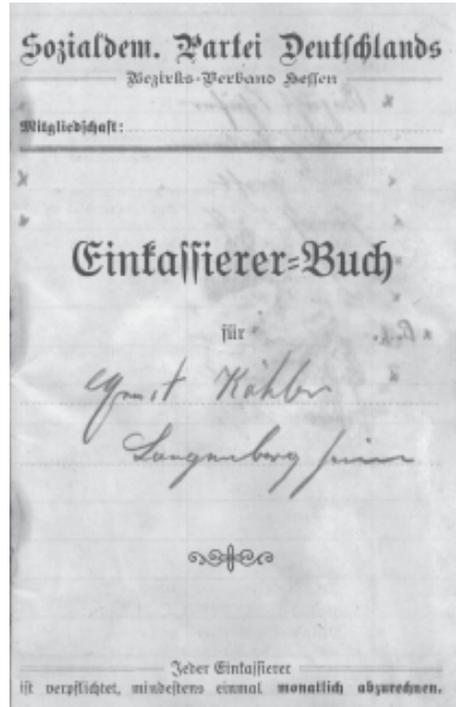
gen und Verdächtigungen ausgesetzt und schlossen sich enger zusammen. So war „die Partei“, wie die alten Mitglieder immer zu sagen pflegten, früher so etwas wie eine Art „Heimat“. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg war es unter älteren Genossen ein geflügeltes Wort, wenn neue Mitglieder eintraten: „Glaubst Du, dass der uns helfen würde?“

Viele Mitglieder opferten ihren letzten Pfennig. Luise Hensel berichtet, dass ihr Vater fast nur für die SPD lebte, und wenn er das letzte Geld für „die Partei“ ausgab, kam es zum Familienkrach. Für Luise Hensel war es damals selbstverständlich, die SPD-Beiträge zu kassieren. Das „Einkassierer-Buch“ der Langen-Bergheimer SPD aus der Mitte der zwanziger Jahre, geführt von Ernst Köhler, hat sich erhalten. Bei den Ausgaben findet sich z.B. der Hinweis, dass der Ortsverein für das Ausschellen einer Versammlung 1 Mark an die Gemeinde zahlen musste. Als Mitglieder werden 1925 aufgeführt:

August Schäfer, Friedrich Hartmann, Karl Kraft, Heinrich Wolf, Ernst Köhler, Heinrich Mohn, Karl Schröder, Simon Knoch und Heinrich Kuhn.

Sieben Gemeindevertreter

Aus den Zwanziger Jahren liegen uns nur für 1925 die Namen der SPD-Gemeindevertreter vor: Friedrich Hartmann, Heinrich Wolf, Karl Kraft, Simon Knoch, Ernst Köhler, Heinrich Mohn und Heinrich Kuhn.



Das „Einkassierer-Buch“ der SPD Langen-Bergheim aus den zwanziger Jahren. Hier wurden die monatlichen Mitgliedsbeiträge verzeichnet.

Drei Pfeile - die »Eiserne Front«

Als Antwort auf die rechtsstehende „Harzburger Front“ schlossen sich Anfang der Dreißiger Jahre die SPD und ihr Reichsbanner mit den Freien Gewerkschaften und den Arbeiter-Sportorganisationen zur „Eisernen Front“ zusammen. Ihr Symbol waren drei Pfeile.

Der Goldschmied Schäfer fertigte seiner Tochter eine Silberkette mit diesem

Anhänger. Luise Hensel trug es, wie viele andere Frauen, als Halsschmuck. Heinrich Wolf berichtete, dass er die drei Pfeile während des Krieges als Talisman in seinem Portemonnaie trug. Das Zeichen war auch am Haus der Familie Mohn angebracht. Als nach 1933 das Hakenkreuz an das Haus gemalt werden sollte, äußerte sich Frau Mohn zu den neuen Machthabern sehr drastisch: Das gehöre nicht einmal „uff's ABI„

Vereinsleben

1922 gründete sich in Langen-Bergheim der Arbeitergesangverein »Eintracht«. Ein

Foto, aufgenommen vor dem ehemaligen Vereinslokal des Gastwirts Jakob Wolf, ist abgebildet. Der Gesangverein „Eintracht“ bestand nach den Erinnerungen der älteren Bürger überwiegend aus Sozialdemokraten, einigen wenigen Kommunisten und einigen der SPD nahestehenden Bürgern. Daneben gab es noch den Gesangverein „Harmonie“, in dem sich die Bauern in der Gaststätte Reul versammelten und das „Edelweiß“. Hier trafen sich vorwiegend jüngere Langen-Bergheimer im Lokal „Machliner“.

Mit Mistgabeln gegen SA

Die Weimarer Republik neigte sich



Der Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“. Unser Bild zeigt: Heinrich Meininger, Wilhelm Meininger, Wilhelm Frank, Fritz Föller, Wilhelm Weingärtner, Johann Quanz, Fritz Geyer, Fritz Meininger, Karl Wolf, Heinrich Quanz, Heinrich Föller, Wilhelm Wolf, Konrad Günther, Heinrich Frank, Heinrich Kraft, Minna Kraft, Heinrich Schwalm, Ernst Köhler, Jean Hollenbach, Philipp Hollenbach, Heinrich Wolf, Martha Euler, Heinrich Kuhn, Karl Kirchner, Hans Elbert, Karl Kraft, Konrad Thürmer, Jean Hartwig, Fritz Bopp, Johannes Gerhardt, Heinrich Geyer, Konrad Kirchner, Simon Knoch, Karl Schröder, Wilhelm Euler und Jakob Kraft.

ihrem Ende entgegen. Das Heer der Arbeitslosen, die Zustimmung des Bürgertums zum Nationalsozialismus, die Zerrissenheit der republikanischen Parteien und die Feindschaft von links und rechts beendeten den ersten deutschen demokratischen Staat. Die letzten „freien“ Wahlen - die SPD wurde bereits verfolgt und unterdrückt, ihre Zeitungen verboten - fanden im Frühjahr 1933 statt. Die SA war besonders in Himbach, Calbach, Eckartshausen und Düdelsheim stark vertreten. Zur letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 hatte die SPD in Langen-Bergheim ihre Plakate so hoch an Laternenpfählen gehängt, dass die SA mit Steigeisen nachklettern mußte, um sie zu entfernen. Die Nazis behaupteten, die Kommunisten, die zu diesem Zeitpunkt bereits verboten waren, hätten in Langen-Bergheim das Wahllokal besetzt. Ein SA-Trupp von rund 50 Mann aus den Nachbargemeinden kam anmarschiert. In Langen-Bergheim kam es zur Schlägerei. Die SA schlug mit Schulterriemen so zu, dass Heinrich Mohn ein Loch im Kopf hatte und Heinrich Quanz verletzt war. Vor Vierlings Haus war ein Haufen Holz gestapelt. Mit diesen Knüppeln und mit schnell herbeigeholten Mistgabeln gingen die Langen-Bergheimer SPD-Mitglieder - so erinnert sich Frau Rattay - auf die SA los.

SPD-Wahlvorschlag 1933 zurückgewiesen

Im Zuge der Machtergreifung und Zentralisierung wurden alle Gegner unter anderem dadurch bekämpft, dass

man ihre Verbände und Vereine verbot und das Vermögen einzog. Zusätzlich wurden die Gegner durch Diskriminierung und Schikanen eingeschüchtert.

So wurde zur letzten Kommunalwahl 1933 der Wahlvorschlag der SPD in Langen-Bergheim nicht mehr zugelassen. Die genauen Gründe sind nicht bekannt. Das Schreiben des Hessischen Kreisamtes Büdingen vom 27. April 1933 hat sich erhalten. Darin heißt es: „Da die durch die NSDAP erfolgte Beanstandung des Wahl-Vorschlages der SPD von der Gemeindevahlkommission einstimmig für begründet erklärt und demgemäß der Wahlvorschlag der SPD zurückgewiesen worden ist, ohne dass eine Einwendung hiergegen erhoben worden wäre, so haben auch wir keine Veranlassung, das festgestellte Wahlresultat zu beanstanden.“

»SPD-Vermögen nicht vorgefunden«

Noch vor dem offiziellen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 ging am 10. Mai 1933 aus Berlin ein Funkpruch ein, der vom Polizeiamt Gießen an die Kreisverwaltungen und von dort an die Polizeistationen (damals hießen sie noch Gendarmeriestationen) weitergeleitet wurde. In den Büdinger Kreisakten wird bürokratisch als Eingang des Funkpruchs 11.05 Uhr festgehalten. Die Polizeistationen wurden aufgefordert, das Vermögen der SPD, der SPD-Zeitungen und des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ zu beschlagnahmen. Drei Tage später meldete der für Langen-Bergheim zuständige Polizeimeister

Knaus aus Altenstadt: „Im Dienstbereich der Station konnte Vermögen der SPD nicht beschlagnahmt werden, da nirgends etwas vorgefunden wurde. Die früher vorhandenen Ortsgruppen sollen sämtlich aufgelöst sein.“

Bei dieser Durchsuchung wurden bei Wilhelm Meininger SPD-Flugblätter gefunden und in der Bürgermeisterei sichergestellt. In der Darmstädter Zeitung vom 12. Dezember 1933 wurden in einer Bekanntmachung des Kreisamtes Büdingen die beschlagnahmten Gegenstände aufgeführt. Unter der laufenden Nummer 14 wurde Wilhelm Meininger aus Langen-Bergheim aufgeführt, bei dem „Drucksachen“ beschlagnahmt worden waren. Frau Meininger, die Schwiegermutter der ehemaligen Bürgermeisterin Helga Meininger, erinnert sich daran, dass ihr Vater sich jeden Morgen beim Bürgermeister melden mußte.

»Eintracht« aufgelöst

Am 29. Mai 1933 ordnete der Hessische NS-Staatskommissar Dr. Best an, dass aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat sämtliche dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund angeschlossenen Vereine aufgelöst und verboten werden. In dem beigefügten Verzeichnis war auch der Sängerverein „Eintracht Langen-Bergheim“ aufgeführt. Nähere Einzelheiten fehlen in den Akten.

Als Waldarbeiterin entlassen

Um zu diffamieren, wurden die SPD-

Wetreffend: Die Durchführung des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bekanntmachung

In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 7. November 1933 wird auch das Vermögen der SPD, Ortsgruppe Dödelshelm, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Dittenberg, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Hirzenhain, des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Nidda, des Arbeiter-Radfahrervereins Rauhaußen, des Gejangvereins „Rundeckerte“ Hüßel a. d. Niddar sowie die bei den nachgenannten Personen beschlagnahmten Gegenstände eingezogen und in das Eigentum des Landes Hessen überführt.

№	Gemeinde	Name	Beschlagnahmte Gegenstände
1	Altenstadt	Freig. Kresh	Druckfaden
2	Bergheim	Ditta Franz	Waffe
3	Berghausen	Abolf. Wolf	Druckfaden
4	Bobenhausen	Otto Jilges Heinrich Ripper	Waffe Waffe und Munition
5	Büdingen	Karl Ködding Freig. Anaj	Waffen Vervielfältigungsapparat u. Druckfaden
6	Dödelshelm	Philipp Glenz Hr. Webeckum Herm. Breußer	Druckfaden Schreibmaschine Druckfaden
7	Echzell	Karl Kraft	Druckfaden
8	Gelnhaara	Karl Kreußer Ab. Weiland Wlth. Emmrich	Radapparat Druckfaden Druckfaden und Waffe
9	Gettenau	Heinrich Heufaher Königst	Waffe Druckfaden
10	Glauberg	Rich. Schneider Rich. Weidling	Druckfaden Druckfaden
11	Hainchen	Friedr. Wagner	Druckfaden
12	Hirzenhain	Wal. Dilleuth Karl Birx	Druckfaden Waffe
13	Kohden	Karl Holzapsel Ludwig Dörr	Waffe Waffe
14	Langen-Bergheim	Wlth. Uhl Gujl. Bettenbach	Druckfaden Druckfaden
15	Niedberg	Wlth. Meininger	Druckfaden
16	Wertenfritz	Hrb. Seum, Arb. Theodor Sittner	Waffe 1 Schreibmaschine
		Karl Bergheimer Eduard Grün Karl Grex Wilhelm Müller	Waffen Waffe Druckfaden Waffe

Die Beschlagnahme von SPD-Flugblättern u. a. bei Wilhelm Meininger wird in der Darmstädter Zeitung am 12. Dezember 1933 bekannt gemacht.

Mitglieder in der Zeit der Nazis als Kommunisten hingestellt (eine Praxis, die Konservative heute noch gerne pflegen). Luise Schäfer, die Mutter von Luise Hensel, wurde mit dieser Begründung als Waldarbeiterin entlassen. Hinzu kam, dass sie einen jüdischen Arzt aufgesucht hatte. Selbst Nachbarn schauten sie nicht mehr an...

Fußballverein »Rotweiß« verhindert

In der Akte „Neugründung von Vereinen“ des Büdinger Landrates, die sich heute im Staatsarchiv Darmstadt befindet, wird von dem Versuch einer Gründung eines Fußballvereins berichtet, der aber nicht genehmigt wurde, weil der vorgesehene Vorsitzende Richard Rattay der SPD nahegestanden hatte.

Am 1. April 1936 teilten Heinrich Wolf III, Richard Rattay und Wilhelm Seitz I dem Bürgermeister Knickel mit, dass 35

Langen-Bergheimer den Fußballverein „Rotweiß“ gegründet hätten und baten um die Stellung eines Sportplatzes. Bürgermeister Knickel wandte sich an das Kreisamt Büdingen mit der Frage, ob Vereinsneugründungen überhaupt möglich seien. Wörtlich schreibt er: „Wir haben den Eindruck, dass es sich weniger um die Leibesübungen und körperliche Ertüchtigung von Jugendlichen handelt, sondern man hat wieder einen neuen Verein, um die Gastwirtschaft Wilhelm Seitz I beleben zu können.“

Aus dem Schreiben geht auch hervor, dass die Gemeinde früher bereits einen Sportplatz 15 Minuten vom Dorf weg gehabt hatte, der mittlerweile verpachtet war. „Der Verein löste sich damals auf, weil er nicht lebensfähig war.“ Die Polizeistation Altenstadt teilte am 21. April 1936 mit, dass Nachteiliges

Die Gaststätte Seitz, später Machliner, (Bildmitte) im Jahre 1937. Links das Haus Gärtling, rechts Wachlokal und Backhaus (abgebrochen).



gegen Vorstand und Vereinsmitglieder nicht ermittelt werden konnte. Ein dringendes Bedürfnis für einen Sportverein werde allerdings verneint. Die Gründung liege nur im Interesse des Gastwirts Seitz. Wolf und Rattay hätten sich bisher politisch nicht betätigt und gehörten auch keiner NSDAP-Gliederung an. Rattay solle aber früher der SPD sehr nahegestanden haben.

Dieser Hinweis genügte dem NS-Kreisleiter, um den Fußballverein nicht zuzulassen. In seinem Schreiben heißt es unter anderem wörtlich: „Außerdem liegt auch hier die Vermutung sehr nahe, dass sich reaktionäre Kreise (Anm. der Red.: Die Nazi-Gegner galten also als „reaktionär“!) zusammenschließen. Unsere Vermutung scheint sich damit zu bestätigen, dass der Volksgenosse Rattay, der als Vorsitzender des Vereins vorgeschlagen ist, nicht als politisch zuverlässig angesprochen werden kann. Der Genannte war früher Anhänger der SPD und sein Verhalten dem heutigen Staat gegenüber ist sehr zweifelhaft.“

1934 noch 39 Gegenstimmen

Nach dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg vereinte Hitler das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers. Über diese Zusammenlegung fand am 19. August 1934 eine Volksabstimmung statt, deren Ergebnis für Langen-Bergheim noch vorhanden ist. Die Wähler konnten auf die Frage: „Stimmst Du, Deutscher Mann, und Du, Deutsche Frau, der in diesem Gesetz

getroffenen Regelung zu?“ nur mit ja oder nein antworten.

Von den 475 Wahlberechtigten gingen 473 zur Wahl. 418 Langen-Bergheimer stimmten mit ja, 39 mit nein und 16 gaben ungültige Stimmzettel ab. Fast zwölf Prozent der Wähler gaben Hitler noch anderthalb Jahre nach der „Macht ergreifung“ eine klare Absage.

1936: 100 Prozent Wahlbeteiligung - Nur Ja-Stimmen gezählt

„In der Absicht, dem deutschen Volk die Gelegenheit zu geben, der mit dem heutigen Tage abgeschlossenen dreijährigen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerversöhnung und Verständigung auf den Grundlagen gleicher Rechte und gleicher Pflichten, seine feierliche Zustimmung erteilen zu können“, löste Hitler 1936 den Reichstag auf und bestimmte Neuwahlen für den 29. März 1936. Bei dieser Wahl gingen alle 461 wahlberechtigten Langen-Bergheimer wählen. In der Veröffentlichung aus jener Zeit wurden nur Ja-Stimmen gezählt. Der totalitäre Machtanspruch der Nazis hatte sich auch in Langen-Bergheim bis in den letzten Winkel durchgesetzt, Widerstand war zwecklos.

Die Nachkriegszeit bis 1970

Karl Kraft erster Nachkriegsbürgermeister

Nach dem Zusammenbruch wurden 1945 durch die Sieger die unteren Verwaltungsstufen mit Hilfe demokratisch gesinnter Bürger wieder aufgebaut. So wurde 1945 der Weißbindermeister Karl Kraft durch Verfügung der amerikanischen Militärregierung Büdingen mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Bürgermeisters in der Gemeinde Langen-Bergheim beauftragt.

In seiner dreijährigen Dienstzeit bis 1948 versuchte er, eine richtungweisende und verantwortungsbewußte Politik durchzuführen. Besonders setzte er sich für die Kriegsheimkehrer ein. Für die Schwerbehinderten, die ihren erlernten Beruf nicht mehr ausüben können, beschaffte er sofort eine Beschäftigung



Weißbindermeister Karl Kraft wurde erster Nachkriegs-Bürgermeister.

in der Langen-Bergheimer Gemeindeverwaltung. So wurden unmittelbar folgende Heimkehrer in den Gemeindedienst eingestellt: Heinrich Kern, Ernst Frank, Johannes Hartwig und Karl Kraft.

„Nur SPD Garant des Friedens und der Verständigung“

Aus einem Brief von Bürgermeister Kraft an die damalige amerikanische Militärregierung in Büdingen erfahren wir von der wohl ersten sozialdemokratischen Versammlung in Langen-Bergheim nach dem Krieg. Am 17. Januar 1946 sprach der kommissarische Landrat Seitz (SPD) vor etwa 150 Zuhörern im Schulsaal. Politische Versammlungen mußten in der Nachkriegszeit amtlich gemeldet werden. Nach der Versammlung war es Pflicht, über Art und Inhalt einen Kurzbericht an die Militärregierung zu geben. Das tat auch Karl Kraft. Sein Schreiben an die Militärregierung im Wortlaut:

„Die Versammlung war von ca. 150 Personen besucht. Der Redner sprach über die Entstehung des ersten Weltkrieges und bewies, daß alle Rechtsparteien sowie die Schwerindustrie mitschuldig sind an diesem Kriege, Den Zweiten Weltkrieg haben wir in erster Linie den Nazis sowie auch wieder den Schwerindustriellen zu verdanken. Der Redner sprach dann über die Gemeindewahlen und betonte, dass wir nur durch eine starke Demokratie wieder zu Ansehen und Aufnahme in die Völkerfamilie angeschlossen werden könnten, und somit dem Deutschen Volk wieder zum Aufstieg und Ehre zu helfen. Am Schluß

der Versammlung ist durch verschiedene Zurufe aus den Zuhörern der einheitliche Wille aller zum Ausdruck gekommen, dass nur die Sozialdemokratische Partei der Garant des Friedens und Verständigung ist. Wir werden alles daran setzen, dieser Partei zum Siege zu verhelfen.“

1946: Die ersten freien Wahlen nach dem Krieg

Bei der anschließenden Kommunalwahl, 10 Tage später, konnten die Sozialdemokraten eine überwältigende Mehrheit erzielen. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,5 Prozent erhielt die SPD 76,6 Prozent der Stimmen und die Parteilosen 23,4 Prozent der Stimmen. Die CDU kandidierte nicht. Das Wahlergebnis im Einzelnen:

Wahlberechtigte	461
Wahlbeteiligung	408
gültig	389
ungültig	19
SPD	298
Parteilose	91

Mit einer neunköpfigen Liste war die SPD am 27. Januar angetreten: Wilhelm Euler II, Landwirt u. Fuhrunternehmer, Heinrich Wolf I, Baugeschäft, Karl Kirchner, Schlosser, Philipp Gast, Landwirt u. Kolonialwarenhändler, Wilhelm Meininger, Maurer, Adam Reibert, Landwirt, Heinrich Schwalm, Arbeiter, Heinrich Mohn, Arbeiter und Jakob Wolf, Schreiner.

Vier Kandidaten zogen in die erste Gemeindevertretung nach dem Krieg ein:

Wilhelm Euler II, Heinrich Wolf I, Karl Kirchner und Philipp Gast.

Die Parteilosen stellten einen Gemeindevertreter. Bürgermeister blieb Karl Kraft.

Wahl zur verfassungsberatenden Landesversammlung

Ein weiteres Wahlergebnis ist für den 30. Juni 1946 nachgewiesen. Im Langen-Bergheimer Gemeindearchiv findet sich eine Niederschrift über das Ergebnis der Wahl zur verfassungsberatenden Landesversammlung mit folgendem Wortlaut:

„Bei der Wahl am 30. Juni 1946 zur verfassungsberatenden Landesversammlung wurden in hiesiger Gemeinde 334 Stimmen abgegeben. Hiervon fielen auf die Liste der SPD 185 Stimmen, CDU 94 Stimmen, KPD 29 Stimmen und der LDP 3 Stimmen, ungültig 23 Stimmen.“ Die SPD hatte zwar Konkurrenz bekommen, konnte aber dennoch über 59 Prozent der gültigen Stimmen erreichen

Heinrich Kuhn einstimmig gewählt

1948 wurde Heinrich Kuhn zum Bürgermeister gewählt. Die Ära Kuhn dauert in Langen-Bergheim 22 Jahre, genau bis zum Zeitpunkt der Fusion am 31. Dezember 1970, als aus den Gemeinden Marköbel und Langen-Bergheim die neue Gemeinde Hammersbach entstand.

In dieser langen Amtszeit setzte Heinrich Kuhn, der von 1966-1967 auch SPD-Ortsvereinsvorsitzender war, in Langen-Bergheim überzeugende sozialpolitische Akzente. Mit einer sparsam wirtschaftenden Gemeindevertretung, die mehrheitlich von der SPD besetzt war, wurden kommunalpolitische Erfolge errungen, die Langen-Bergheim mit in den Vordergrund der Gemeinden im Kreis Büdingen rückte.

Der langjährige Gemeindediener Karl Scholl hat für Bürgermeister Kuhn nur lobende Worte: „Der Heinrich Kuhn konnte mit wenig Geld im kommunalen Bereich der Gemeinde eine Menge erreichen. Für mich war er ein begabter Politiker und sehr guter Bürgermeister. Er war kein Mann der großen Reden, im Gegenteil, er handelte mit wenigen Worten.“

Die erfolgreiche Arbeit der SPD unter der Führung von Heinrich Kuhn wurde von den Langen-Bergheimer Bürgern in den weiteren 20 Jahren mit dem Stimmzettel an der Wahlurne gewürdigt.

Zweite Kommunalwahl nach dem Krieg

1948 fanden die zweiten Kommunalwahlen nach dem Krieg statt. Für die SPD wurden diese Wahlen wiederum ein großer Erfolg. Das Ergebnis drückte die Überlegenheit aus: Die SPD erhielt 352 von 503 Stimmen = 70 Prozent. Die CDU, die sich zum ersten Mal in Langen-Bergheim zur Wahl stellt, erreichte mit 151 Stimmen 30 Prozent, Die Liste der SPD umfaßte nun 13



Heinrich Kuhn, Bürgermeister von Langen-Bergheim 1948 – 1970.

Männer verschiedenster Berufe: Heinrich Kuhn, Landwirt, Bürgermeister, Karl Kirchner, Schlosser, 1. Beigeordneter, Rudolf Hantschel, Geschäftsmann, Jakob Wolf, Schreiner, Adam Reibert, Landwirt, Franz Krones, Schriftsetzer, Heinrich Mohn, Arbeiter, Wilhelm Euler II, Landwirt, Karl Weingärtner, Arbeiter, Richard Rattay, Elektriker, Wilhelm Meininger, Maurer, Konrad Thürmer, Maurer und Franz Wagner, Schuhmacher.

Neben Bürgermeister Kuhn und dem 1. Beigeordneten Kirchner im Gemeindevorstand, wurden in die Gemeindevertretung als SPD-Vertreter gewählt: Rudolf Hantschel, Jakob Wolf, Adam Reibert, Franz Krones, Heinrich Mohn und Wilhelm Euler.

Die CDU konnte drei ihrer Kandidaten in die Gemeindevertretung entsenden: Konrad Röding, Schuhmacher, Friedrich Frank, Landwirt, Ernst Friedr. Reinhard, Landwirt.

1950/51 Erweiterung der Buslinie

In dieser Legislaturperiode wurde die Deutsche Bundespost vom Gemeinderat aufgefordert, die Buslinie Hanau - Marköbel bis nach Langen-Bergheim zu erweitern. In den Jahren 1950/51 wurde auf Gemeindekosten eine Garage für die Postbusse errichtet. Damit war endlich auch für die Langen-Bergheimer Arbeitnehmer eine bessere Verbindung zu ihren Arbeitsplätzen im nahe gelegenen Rhein/Main-Industriegebiet erreicht worden.

1952 wieder absolute Mehrheit für SPD

Bei der Kommunalwahl 1952 erhielt die SPD mit 72,1 Prozent erneut die absolute Mehrheit. Die CDU stellte sich nicht zur Wahl. Ein Teil der CDU-Kandidaten schloss sich den „Parteilosen“ und der „Freien Wählergemeinschaft“ an. Die Parteilosen kamen auf 15,5 Prozent und die FWG auf 12,4 Prozent der Stimmen.

In die Gemeindevertretung zogen 7 Vertreter der SPD, 1 Parteiloser und 1 FWG-Kandidat ein:

SPD: Jakob Wolf, Hubert Chodan, Karl Tschapke, Adam Reibert, Wilhelm Euler II, Heinrich Mohn und Georg Arndt.

Parteilose: Ernst Fritz Reinhard

FWG: August Schäfer.

Von der neuen Gemeindevertretung



Karl Kirchner, SPD-Vorsitzender 1945 – 1956, Gemeindevertreter 1946 und 1. Beigeordneter von 1948 – 1964 und 1968 – 1970.

wurde mit 8 gegen 1 Stimme Heinrich Kuhn zum zweiten Mal zum Bürgermeister gewählt. Zum Ersten Beigeordneten wurde Karl Kirchner (SPD) und zum zweiten Beigeordneten Karl Kraft (SPD) gewählt.

Wichtige Vorhaben: Wasserleitung, Kanalisation, Aufforstung

Mit der Erschließung des vorhandenen Trinkwasservorkommens erhielt Langen-Bergheim im Jahre 1952/53 eine eigene Wasserversorgung. 1953 wurde der Hochbehälter eingeweiht. Zunächst hatte das Wasserleitungsnetz eine Gesamtlänge von rund 4 km. Im Rahmen der Erschließung der Neubaugebiete wuchs das Netz im Jahre 1970 dann auf rund 9 km an. Die Gesamtkosten wurden mit rund 250.000 DM beziffert.

1953 plante die Gemeindevertretung die Kanalisierung des Ortes, deren Baudurchführung im Jahre 1956 erfolgte. Die Länge des Kanalstranges betrug anfangs etwa 1,5 km und dürfte sich bis 1970 auf etwa 8 km vergrößert haben. Die Kosten dafür lagen bei 850.000 DM.

Auf Veranlassung der SPD-Fraktion fanden zwischen 1950 und 1960 unter der Leitung von Revierförster Wilhelm Weil (Forsthaus Eckartshausen) umfangreiche Aufforstungen statt. Diese planmäßige Aufforstung der Kahlfleichen begann zuerst im Unterwald. Bis 1970 waren insgesamt 50 ha wieder angepflanzt. Hierbei beteiligte sich bis zur Eröffnung der Mittelpunktschule in Altenstadt auch die ältere Schuljugend.

Kommunalwahl 1956

Die Arbeit des Bürgermeisters und der SPD-Fraktion konnte offenbar die Bürger überzeugen. Bei der Kommunalwahl 1956 erweiterte die SPD ihre absolute Mehrheit. Sie erhielt 385 von 503 gültig abgegebenen Stimmen (76,6 Prozent). Die FWG erreichte mit 71 Stimmen 14,1 Prozent und die zum ersten Mal auftretende Gruppe „Gewerbetreibende und Handwerker“ erhielt 47 Stimmen (9,3 Prozent).

In die Gemeindevertretung zogen 8 SPD- und 1 FWG-Vertreter ein:

SPD: Alois Heger, Adam Reibert, Rudolf Hantschel, Heinrich Mohn, Günther Lenffer, Willi Euler II, Georg Arndt und Erich Protz.

FWG: Wilhelm Bopp

Zum 1. Beigeordneten wurde Karl Kirchner (SPD) und zum 2. Beigeordneten Jakob Kraft (SPD) gewählt. Der bisherige Bürgermeister Heinrich Kuhn wurde einstimmig wiedergewählt.

Bürgernahe SPD-Gemeindepolitik

Trotz geringer Geldreserven in der Langen-Bergheimer Gemeindekasse wurde im Herbst 1957 die Ortsdurchfahrt, die heutige Hanauer Straße, mit einer neuen Straßendecke und mit Bürgersteigen versehen und ausgebaut.

Damit verschwand das holprige Kopfsteinpflaster mit seinen oft grundlosen oder staubigen Lehmwegen zu beiden Seiten der Fahrstraße. Im Zuge der weiteren Dorferneuerung erhielten nach und nach alle Straßen des Ortes neue Straßendecken und Bürgersteige. Bis auf einige Baustraßen in Neubaugebieten, die noch nicht voll besiedelt waren, besaß jetzt der Ort zeitgemäße Straßen. Mit der Erschließung der Neubaugebiete am Kantenacker, am Köblerberg, am Bahnhof und am Nußberg wurde die Straßenbeleuchtung modernisiert und, wo es nötig war, völlig erneuert.

Jubilarehrung 1960

Anlässlich einer SPD-Parteiversammlung im Jahre 1960 wurde eine Reihe von Sozialdemokraten für ihre langjährige Parteimitgliedschaft im würdigen Rahmen geehrt. Die Ehrung führte der damalige Kreisvorsitzende der SPD im Kreis Büdingen durch.



Günther Lenffer, SPD-Ortsvereinsvorsitzender von 1956 – 1966. Sein Vorgänger war seit 1945 Karl Kirchner. Ihm folgte 1966/67 Bürgermeister Heinrich Kuhn und 1967/68 Johann Kröll.

1960 kandidierte nur die SPD

Bei den Kommunalwahlen 1960 erreichten die Sozialdemokraten in Langen-Bergheim ein Wahlergebnis von 100 Prozent. Die „Parteilosen“ - CDU, FWG und „Gewerbetreibende und Handwerker“ - stellen sich nicht zur Wahl.

Das Ergebnis:

Wahlberechtigte	634
Wähler	554
Gültig	446
Ungültig	104
leere Umschläge	4
SPD	446 Stimmen

In die Gemeindevertretung zogen folgende 9 SPD-Vertreter ein: Jakob Wolf, Rudolf Hantschel, Adam Reibert, Georg Arndt, Erich Protz, Fritz Kraft, Karl Weingärtner, Heinrich Kern und Heinrich Quanz.

Zum 1. Beigeordneten wurde wieder Karl Kirchner und zum 2. Beigeordneten Günther Lenffer gewählt.

Die Bürgermeisterwahl verlief in bekannter Weise: Der seitherige Bürgermeister Heinrich Kuhn wurde einstimmig wieder gewählt.

Die SPD-Fraktion versuchte in dieser Legislaturperiode den Bedürfnissen der Kinder in Langen-Bergheim gerecht zu werden. 1963 wurde in Anlehnung an den schon vorhandenen Sportplatz ein Kinderspielplatz in einer Größe von ca. 2000 qm hergerichtet. Hierbei ist zu erwähnen, dass die notwendigen Anpflanzungen - Hecke, Bäume und Sträucher - von den älteren Kindern der Gemeinde durchgeführt wurden. Trotz dieser Eigenhilfe mußte die Gemeinde für Geräte und Erdarbeiten noch DM 15.000 aufbringen.

1964: 7 SPD- und 2 FWG-Gemeindevertreter

1964 nahm die Freie Wählergemeinschaft ihre Kandidatur wieder auf und stellte sich zur Wahl.

Die Wahlbeteiligung war 1964 mit 91,2 Prozent verhältnismäßig hoch. Die SPD erhielt 413 von 584 gültig abgege-



Jubilarehrung 1960: Heinrich Mohn, 40 Jahre, Jakob Wolf, 40 Jahre, Heinrich Wolf, 50 Jahre, Heinrich Kuhn, 40 Jahre und Karl Kirchner 40 Jahre (sitzend von links). In der oberen Reihe rechts Günther Lenffer und links Erich Protz.

benen Stimmen (70,7 Prozent). Die FWG erreichte mit 171 Stimmen 29,3 Prozent. Die SPD war mit einer stattlichen Liste angetreten:

Heinrich Kuhn, Bürgermeister, Heinrich Kern, Gemeindeangestellter, Günther Lenffer, Maurerpolier, Erich Protz, Zimmermann, Georg Arndt, Diamantschleifer. Heinrich Mohn, Arbeiter, Karl Weingärtner, Rentner, Rudolf Hantschel, Rentner, Heinrich Quanz, Zimmermann, Adam Reibert, Landwirt, Karl Euler, Raumausstatter, Fritz Kraft, Weißbinder, Karl-Heinz Wolf, Gärtner, Hans Kraft, Schlosser, Karl Scholl, Gemeindediener, Ernst Frank, Willi Muth, Maurer und Gerhard Jäger, Verputzer.

Sieben SPD-Kandidaten ziehen in die neue Gemeindevertretung ein: Günther Lenffer, Erich Protz, Georg Arndt, Heinrich Mohn, Rudolf Hantschel, Heinrich Quanz und Adam Reibert.

Die Freie Wählergemeinschaft stellte zwei Gemeindevertreter: Friedrich Frank und Wilhelm Friedrich Bopp.

Durch eine Satzungsänderung wurden in dieser Legislaturperiode erstmals drei Beigeordnete gewählt. Entsprechend dem Wahlergebnis kamen alle aus der SPD: 1. Beigeordneter Heinrich Kern, 2. Beigeordneter Karl Euler und 3. Beigeordneter Karl Weingärtner.

Die Bürgermeisterwahl hatte nun schon ganz und gar Routine-Charakter. Heinrich Kuhn war politisch völlig unumstritten. Aus der Reihe der Gemeindevertreter wurde er als einziger Kandidat vorgeschlagen. Mit dem Einverständnis aller Gemeindevertreter erfolgte die Wahl öffentlich und durch Zuruf. Heinrich Kuhn wurde einstimmig gewählt.

Neue Baugebiete

Durch die Ausweisung eines großzügigen Flächennutzungsplanes, der durchaus nicht die Zustimmung der seinerzeitigen Kreisverwaltung in Büdingen fand, erreichte die SPD-Fraktion 1966, dass der Grundstein für eine beträchtliche Erweiterung der Wohnbereiche in Langen-Bergheim gelegt wurde. Mit der vollständigen Bebauung der Neubaugebiete vergrößerte sich das gesamte Wohngebiet Langen-Bergheims auf das Vierfache des ehemaligen Altdorfes. Insgesamt waren in der Planung etwa 250 Neubauplätze vorgesehen; davon waren 1970 bereits rund 60 Prozent verkauft und etwa 40 Prozent schon bebaut. Im Jahre 1948 lebten in Langen-Bergheim 975 Bürger. 17 Jahre später wurden nur 994 Einwohner gezählt. Die Einwohnerzahl stagnierte. Diese Struktur änderte sich jedoch ab 1966. Die Erschließung weiterer neuer Wohngebiete mit günstigen Grunderwerbskosten lockte neue Bürger aus dem Hanauer und Frankfurter Raum an.

1968 - Leichte Verluste für die SPD in der letzten Langen-Bergheimer Gemeindevwahl

Von 588 gültigen Stimmen erhielt die SPD bei der Kommunalwahl 1968 407 Stimmen [69,2 Prozent). Ein geringer Verlust im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1964, Die Freie Wählergemeinschaft nahm dementsprechend geringfügig zu und kam auf 30,8 Prozent.

In die Gemeindevertretung zogen 6 SPD-Vertreter und 3 Vertreter von der Freien Wählergemeinschaft ein;
SPD: Johannes Kroll, Georg Arndt, Günther Lenffer, Franz Paprocki, Willy Schreiber und Karl Euler.
FWG: Friedrich Frank, Hermann Planz und Rudolf Reinhard.

Zum 1. Beigeordneten wurde wiederum Karl Kirchner (SPD), zum 2. Beigeordneten Rudolf Hantschel (SPD) und zum 3. Beigeordneten Wilhelm Bopp (FWG) gewählt. In der Bürgermeisterwahl wenig später wurde wiederum Heinrich Kuhn mit 7 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen gewählt.

Diese Wahlperiode dauerte nur zwei Jahre. Am 31. Dezember 1970 brachte der Zusammenschluss die neue Gemeinde Hammersbach. Mancher lang gehegte Wunsch der SPD-Fraktion Langen-Bergheim ging nun mit der Fusion in Erfüllung: Ein Kindergarten wurde im Hammersbacher Ortsmittelpunkt gebaut. Ebenso eine neue großzügige Grundschule. Die untragbaren

schulischen Verhältnisse in Langen-Bergheim wollte die SPD schon längst verbessert wissen. Alle Bemühungen scheiterten jedoch an den Neuordnungsplänen der Kreisverwaltung Büdingen und auf Grund örtlicher Gegebenheiten, die dringende bauliche Veränderungen an dem Schulgebäude wieder und wieder verzögerten. Mit dem Zusammenschluß endete ein erfolgreiches Kapitel kommunaler SPD-Geschichte.